

denen Ministerien, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammengezogen und in das "2. Ministerium für Maschinenbau" (das später in "Nuklearministerium" umbenannt wurde) versetzt. Darüber hinaus entstand im November 1962 eine ZK-Sonderkommission, die die Koordination im Bereich der Kernindustrie übernahm. Bereits zwei Jahre später, am 16. Oktober 1964, konnte der erste Atombombentest Chinas erfolgreich durchgeführt werden.

Drei Jahre später, im Juni 1967, kam es - mitten in den Wirren der damaligen Kulturrevolution - zum ersten Test einer Wasserstoffbombe. Hatte der Testzeitraum zwischen der ersten Atom- und der ersten Wasserstoffbombe in den USA sieben Jahre und vier Monate, in der Sowjetunion vier Jahre, in Großbritannien vier Jahre und sieben Monate, in Frankreich acht Jahre und sechs Monate gedauert, so waren es in China nur zwei Jahre und acht Monate. Im Juli 1967 bedankte sich Mao Zedong bei Chruschtschow auf ironische Weise: "Wir danken ihm, daß er uns durch die Zurückberufung der sowjetischen Experten gezwungen hat, unseren eigenen Weg zu gehen. Wir sollten ihm eine Tonne schwerer Orden verleihen".

Immer wieder betonte China seit 1964, daß es mit der Herstellung eigener Bomben das "nukleare Monopol der Imperialisten und deren Erpressungsversuche" habe bekämpfen wollen. Noch vor dem ersten Atombombenversuch hatte Mao Zedong im Dezember 1963 erklärt, daß China eine rein defensive Strategie verfolge. Die Anzahl seiner Atombomben und Raketen werde nie die Zahl anderer Länder überschreiten - ein Versprechen, das zu dieser Zeit leicht von den Lippen ging und von den beiden Supermächten ironisch kommentiert wurde. Im Oktober 1964 erklärte China, daß es unter keinen Umständen als erstes Land Atomwaffen einsetzen werde. Gleichzeitig schlug die chinesische Regierung die Einberufung einer internationalen Gipfelkonferenz vor, auf der über das allseitige Verbot und die vollständige Vernichtung aller Atomwaffen diskutiert werden sollte.

Die Haltung Beijings zur Atombombe läßt sich heute auf einen vierfachen Nenner bringen:

- Vorrang der nuklearen Abrüstung vor der Abrüstung anderer Waffengattungen.

- Allseitiges Verbot des Einsatzes und vollständige Vernichtung aller Atomwaffen als Endziel nuklearer Abrüstungspolitik.

- Vorleistungen der beiden Supermächte: Sie sollten als erste die Tests, die Herstellung und die Stationierung einstellen und alle Atomwaffen, die sie im In- oder Ausland stationiert haben, drastisch reduzieren und vernichten. Anschließend solle eine repräsentative internationale Konferenz über nukleare Abrüstung stattfinden, auf der alle im Besitz von Atomwaffen befindlichen Staaten über Schritte und Maßnahmen für eine vollständige Vernichtung der Atomwaffen diskutieren sollten.

- Solange das Endziel, nämlich die vollständige Vernichtung aller Atomwaffen, nicht erreicht sei, sollten sich sämtliche Atomwaffenbesitzer verpflichten, nicht als erste Atomwaffen anzuwenden und sie auch nicht gegen die kernwaffenfreien Staaten oder Zonen einzusetzen (BRu 1988, Nr.36, S.26 f.). -we-

---

## Innenpolitik

---

\* (5)

### 11. Plenarsitzung des KPCh-Politbüros

Das Politbüro des XIII. ZK der KPCh trat am 2. September zu seiner 11. Plenarsitzung zusammen, um ein Dokument über die Stärkung und Reformierung der politisch-ideologischen Arbeit in den Unternehmen zu diskutieren und im Prinzip zu verabschieden. Die Plenarsitzung beschloß außerdem, das Dokument nach weiteren Abänderungen an die 3. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees zur Beratung und Beschlußfassung zu überweisen (RMRB, 3.9.88).

Angaben über den konkreten Inhalt des Dokuments wurden in dem kurzen Bericht der *Volkszeitung* nicht gemacht. Ziel der geforderten Reform der ideologisch-politischen Arbeit ist es offenbar, die politische Arbeit den heutigen Erfordernissen anzupassen und in den Dienst der wirtschaftlichen und politischen Reformvorhaben zu stellen. Der politisch-ideologischen Arbeit in den Unternehmen kommt dabei insofern eine besondere Bedeutung zu, als nach dem neuen Unternehmensgesetz auch die politische Ar-

beit unter der einheitlichen Führung des Betriebsdirektors erfolgen soll, während das Parteikomitee nur noch eine unterstützende und kontrollierende Funktion ausüben darf. Damit soll die politische Arbeit in den Betrieben besser als bisher in den Dienst des wirtschaftlichen Aufbaus gestellt werden (vgl. RMRB, 30.8.88).

An der Sitzung, die von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang geleitet wurde, nahmen 13 von 17 Politbüro-Mitgliedern sowie Politbüro-Kandidat Ding Guan'gen teil. Außerdem war eine nicht bekannte Anzahl von "Verantwortlichen" als Beobachter zugegen. -sch-

\* (6)

### 12. Plenarsitzung des KPCh-Politbüros

Das Politbüro des XIII. ZK der KPCh trat am 24. September 1988 zu seiner 12. Plenarsitzung zusammen und beschloß, die 3. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh für den 26. September 1988 einzuberufen. Das Politbüro diskutierte den Arbeitsbericht von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang für diese ZK-Plenartagung und erklärte hierzu seine Zustimmung. An der Sitzung des Politbüros, die unter der Leitung von Zhao Ziyang stand, nahmen 15 der 17 Politbüro-Mitglieder und Politbüro-Kandidat Ding Guan'gen teil. Eine nicht genannte Anzahl von "Verantwortlichen" waren als Beobachter auf der Sitzung zugegen. (RMRB, 25.9.88) -sch-

\* (7)

### 3. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh

Die 3. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh fand vom 26. bis 30. September in Beijing statt. An der Tagung nahmen 165 ZK-Mitglieder und 103 ZK-Kandidaten teil. Anwesend als Beobachter waren 184 Mitglieder der Zentralen Beraterkommission, 67 Mitglieder der Zentralen Disziplinarkontrollkommission sowie 63 weitere "verantwortliche Genossen". (RMRB, 27.9.88, 1.10.88)

Am ersten Tag trug ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang seinen Bericht für die ZK-Tagung vor. Der Bericht, der von der *Volkszeitung* nicht veröffentlicht wurde, gliederte sich in drei große Teile:

1. Die Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds und die Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung bilden den Schwerpunkt der Reform und des Aufbaus in den kommenden zwei Jahren.

2. Die allumfassende Reform muß unter einer (einheitlichen) Führung und in geordneten Bahnen verwirklicht werden.
3. Die Führung durch die Partei muß gestärkt werden, und wir müssen unsere politische Überlegenheit voll zur Entfaltung bringen.

Am ersten Tag präsentierte auch Planungschef Yao Yilin den unter seiner Führung ausgearbeiteten vorläufigen Plan für die Preis- und Lohnreform.

Nach fünftägigen Beratungen verabschiedete das ZK den Bericht von Zhao Ziyang und bestätigte die Analyse des Politbüros bezüglich der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Das ZK "genehmigte" auch den Kurs und die politischen Maßnahmen des Politbüros zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (d.h. Inflationsbekämpfung, Abkühlung des überhitzten Wachstums und Einschränkung der Konsumtion) und zur Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung (d.h. vor allem Bekämpfung der Korruption und Spekulation von Bürokraten). Außerdem verabschiedete das ZK-Plenum "im Prinzip" den "Vorläufigen Plan für die Preis- und Lohnreform" und schlug vor, daß der Staatsrat diesen Plan innerhalb der kommenden fünf oder mehr Jahre schrittweise und wohlbedacht verwirklichen solle. Hierbei müßten das Gebot der strikten Begrenzung von Preissteigerungen eingehalten und die realen Möglichkeiten berücksichtigt werden. Schließlich verabschiedete das ZK-Plenum - ebenfalls nur "im Prinzip" - das "ZK-Rundschreiben über die Verstärkung und Reformierung der politisch-ideologischen Arbeit in den Unternehmen".

Da weder der Bericht von Zhao Ziyang noch der vorläufige Plan für die Preis- und Lohnreform veröffentlicht wurden, gab allein das Kommuniqué der Plenartagung eine - wenn auch dürftige - Auskunft über die inhaltlichen Beschlüsse. Demzufolge wird in den kommenden zwei Jahren das Schwergewicht auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auf die Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung gelegt werden, um unverhältnismäßig hohe Preissteigerungen zu verhindern und eine dauerhafte, stabile und gesunde Wirtschaftsentwicklung zu erreichen.

Unter der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind vor allem die Einschränkung der ge-

sellschaftlichen Gesamtnachfrage und die Eindämmung der Inflation zu verstehen. Unter der Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung ist vor allem die Beseitigung von verschiedenen chaotischen Erscheinungen im Bereich der Zirkulation zu verstehen. Beiden Aufgaben müsse man langfristig große Aufmerksamkeit schenken, wobei es jedoch äußerst dringlich sei, in den kommenden zwei Jahren durchschlagende Erfolge zu erzielen. Deshalb werde im kommenden Jahr die Preisreform nur einen kleinen Schritt nach vorn machen, um zu gewährleisten, daß die Preissteigerungen erheblich unter denen dieses Jahres liegen würden.

Aus dem Kommuniqué geht hervor, daß die Parteiführung an dem Konzept einer allumfassenden Reform festzuhalten gedenkt. So soll die Betriebsreform fortgesetzt werden - mit Beginn des nächsten Jahres sogar in stärkerem Maße. Genannt werden die weitere Trennung von Regierungsbehörden und Unternehmen, die Verbesserung des Vertragssystems sowie die Experimente mit dem Aktiensystem und den Unternehmensgruppen. Gefordert werden eine Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechts der Betriebe, damit ihre wirtschaftliche Effizienz erhöht wird. All jene Reformmaßnahmen sollen ergriffen werden, die zur Inflationsbekämpfung dienen.

Zur Bekämpfung von Inflation, Korruption und Spekulation werden eine Stärkung der Führungsrolle der KPCh und eine Stärkung und Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit für notwendig erachtet. An der grundlegenden Linie der Partei müsse festgehalten werden:

- Entwicklung der Produktivkräfte als grundlegende Aufgabe,
- "vier Grundprinzipien" als Grundlage des Staates und
- Reform und Öffnung als allgemeiner Kurs.

Nahezu gleichzeitig mit der 3. Plenartagung des XIII. ZK traten auch die Zentrale Beraterkommission und die Zentrale Disziplinarkontrollkommission zu ihrer jeweils 3. Plenartagung zusammen und bekundeten ihre Unterstützung für die politischen und wirtschaftlichen Beschlüsse des Zentralkomitees (s.RMRB, 1.10.88). -sch-

\*(8)

### Zentrale Arbeitskonferenz der Partei- und Staatsführung

Das Politbüro des XIII. ZK der KPCh berief vom 15. bis 21. September eine Zentrale Arbeitskonferenz (zhongyang gongzuo huiyi) ein, die sich mit der Bekämpfung von Inflation und Korruption sowie mit dem Plan für eine Preis- und Lohnreform beschäftigte. Die Konferenz wurde von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang geleitet, der auch eine "wichtige" Rede hielt, die jedoch nicht veröffentlicht wurde. Planungschef Yao Yilin legte auch vor diesem Gremium seinen "Vorläufigen Plan für die Preis- und Lohnreform" vor. Weitere Reden wurden von den restlichen Mitgliedern des Ständigen Politbüro-Ausschusses gehalten, d.h. von Li Peng, Qiao Shi und Hu Qili. An der Zentralen Arbeitskonferenz nahmen insgesamt 217 Spitzenkader von Partei, Staat und Armee auf der zentralen und der Provinzebene (VBA: Ebene der Militärregionen) teil. (RMRB, 23.9.88)

Über den konkreten Inhalt der Diskussionen und Beschlüsse auf der Zentralen Arbeitskonferenz wurde fast nichts bekanntgegeben. Es wurde lediglich mitgeteilt, daß die Konferenz der Auffassung sei, daß die Vertiefung der Reform nicht nur eine Preis- und Lohnreform bedeute, sondern eine Reform auf vielen Bereichen. In den kommenden zwei Jahren müsse das Schwergewicht der Reform und des Aufbaus auf die Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds (zhili jingji huanjing) und auf die Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung (zhengdun jingji zhixu) gelegt werden. Dies sei sowohl eine notwendige Voraussetzung als auch ein bedeutender Inhalt der Vertiefung der Reform. Die Konferenz schlug eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation vor, ohne daß diese näher benannt wurden. -sch-

\*(9)

### 3. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK

Der Ständige Ausschub des VII. NVK kam vom 29. August bis zum 5. September 1988 zu seiner 3. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung des ständigen Parlamentsorgans standen u.a. folgende Punkte:

- Ein Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Zentralen Planungskommission Yao Yilin über den vorläufigen Plan für die Preis- und Lohnreform. Dieser Bericht war aufgrund der aktuellen Lage neu in die Tagesordnung aufgenommen worden und wurde am 3. und 5. September von den Mitgliedern des Ständigen NVK-Ausschusses "leidenschaftlich diskutiert" (relie taolun) - ein deutlicher Hinweis für erhebliche Meinungsunterschiede bezüglich des vorgelegten Reformplans. Trotzdem sollen sich die Mitglieder des Ständigen Ausschusses mit dem Bericht von Yao Yilin "zufrieden" gezeigt haben (RMRB, 6.9.88). Folgende Maßnahmen zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise wurden genannt:

- entschlossene Verringerung des Umfangs des Investbaus,
- Verringerung der Kaufkraft der gesellschaftlichen Institutionen,
- strenge Kontrolle des Wachstums des Konsumtionsfonds und
- gewissenhafte Ausrichtung (zhengdun) der Zirkulationssphäre, vor allem Reorganisierung der von Kadern betriebenen Spekulantenfirmen (ebenda).

- Beratung und Verabschiedung des "Gesetzes der Volksrepublik China über den Schutz von Staatsgeheimnissen" (Text des Gesetzes in: RMRB, 6.9.88; s.a. RMRB, 30.8.88, 4.9.88).

- Beratung und Verabschiedung der "Dienstvorschriften für die Offiziere im aktiven Militärdienst der Chinesischen Volksbefreiungsarmee" (Text der Vorschriften in: RMRB, 7.9.88; s.a. RMRB, 30.8.88, 4.9.88).

- Verabschiedung einer Ergänzung des Strafgesetzbuches bezüglich des Verrats von Staatsgeheimnissen an ausländische Organe, Organisationen oder Einzelpersonen (Text und Erläuterungen in: RMRB, 6.9.88).

- Beratung eines Entwurfes für das Gesetz über Normierung (s. RMRB, 30.8.88).

- Beratung eines Entwurfes für das Gesetz über wilde Tiere (s. RMRB, 31.8.88).

- Beratung eines Abänderungsentwurfes für das Gesetz über Bodenverwaltung (s. RMRB, 31.8.88).

- Bericht des Ministers für öffentliche Sicherheit, Wang Fang, über den Stand der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (s. RMRB, 31.8.88).

-sch-

\*(10)

#### Politbüro-Kandidat Ding Guan'gen mit neuen Aufgaben betraut

Politbüro-Kandidat Ding Guan'gen (58), der Anfang März 1988 wegen dreier schwerer Eisenbahnunglücke vom Posten des Eisenbahnministers zurückgetreten war, erhielt am 25. August 1988 zwei neue Ämter, die einflußreicher sein könnten als das verlorengegangene Ministeramt: Ding wurde stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Planungskommission und Direktor des offenbar neu geschaffenen Büros des Staatsrats für die Angelegenheiten Taiwans (RMRB, 11.9.88). Damit hat Ding wieder einen konkreten Arbeitsbereich zugewiesen bekommen. Nach Informationen der Hongkonger Zeitung *Wen Hui Bao* soll Ding in der Zentralen Planungskommission direkt hinter Planungschef Yao Yilin plaziert sein und damit de facto die Position des 1. stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Planungskommission einnehmen (*Wen Hui Bao*, 18.8.88, nach: SWB, 20.8.88).

Ding war Anfang November 1987 im Anschluß an den XIII. Nationalen Parteitag der KPCh überraschend zum Kandidaten des Politbüros aufgestiegen, nachdem er erst im September 1985 zum ersten Mal in das Zentralkomitee gewählt worden war. -sch-

\*(11)

#### Staatsrat richtet Taiwan-Büro ein

Die Zentralregierung hat mit dem Büro des Staatsrats für die Angelegenheiten Taiwans (guowuyuan Taiwan shiwu bangongshi) offenbar ein neues dem Staatsrat direkt unterstehendes Organ geschaffen. Die Existenz des Taiwan-Büros wurde anlässlich der Ernennung von Politbüro-Kandidat Ding Guan'gen (58) zum Direktor dieses Büros bekannt (RMRB, 11.9.88). -sch-

\*(12)

#### Das Novum Verwaltungsgerichtsbarkeit

Da es in China noch keine eigene Verwaltungsgerichtsbarkeit gibt, müssen die Ordentlichen Gerichte einspringen. Rd. ein Drittel der 3.000 chinesischen Gerichtshöfe, einschließlich des Obersten Volksgerichts, haben inzwischen Verwaltungsrechtskammern gebildet. Weitere 500 solcher Kam-

mern sind in Vorbereitung. Bereits 1987 wurden 5.200 Verwaltungsrechtsfälle anhängig, von denen 4.600 entschieden werden konnten. In den ersten sechs Monaten d.J. 1988 sind erneut 4.000 solche Fälle anhängig geworden.

Inzwischen gibt es rd. 120 Gesetze und Rechtsverordnungen, mit deren Hilfe gegen die jahrzehntelang sakrosankten Verwaltungsbehörden vorgegangen werden kann. Für die Volksrepublik sind Verwaltungsgerichtsstreitigkeiten eine Novität. Gegenwärtig wird an einer Verwaltungsgerichtsordnung gearbeitet. Bis dieses Gesetz erlassen wird, ist die ZPO analog anzuwenden (XNA, 19.7.88). -we-

\*(13)

#### Verbesserung der Richter-Ausbildung

Von einer Gewaltenteilung im Sinne Montesquieus ist das politische System Chinas immer noch weit entfernt. Vor allem wurde der "Dritten Gewalt", nämlich der Justiz, lange Jahre so gut wie keine Beachtung geschenkt. Die Reformer wollen dies nun ändern; sie hoffen so die Willkür der Politiker und Kader eindämmen und eine gerechtere Gesellschaft schaffen zu können.

Wegen der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Ausbildung von Justizpersonal ist vor allem im Bereich des Gerichtswesens der Nachholbedarf gewaltig. Vielfach müssen Richterstellen immer noch durch Ad-hoc-Empfehlungen und informelle Mechanismen (persönliche Beziehungen zu Politikern) besetzt werden statt durch ein reguläres Auswahlverfahren.

Dabei ist der Bedarf an Richtern inzwischen stark angewachsen:

- Da ist zunächst einmal der sich mächtig entwickelnde neue Zweig der Verwaltungsgerichtsrechtsprechung (siehe weitere Übersicht).

- Außerdem fallen immer mehr Handelsstreitigkeiten an - u.a. in den Sonderwirtschaftszonen. Im Juli beispielsweise wurden in der SWZ Shenzhen drei neue Gerichte eingerichtet, die für Streitigkeiten in Handelssachen zuständig sind. Eines dieser Gerichte soll als Arbitragezentrum dienen und Handelsstreitigkeiten in jeder Geldhöhe behandeln. Dies erleichtert die Arbeit des Mittleren Gerichts, das bisher nur Fälle mit Summen bis zu 1,5 Mio. Yuan behandeln konnte.

Ein weiteres Handelsgericht soll sich mit Streitigkeiten befassen, in die ausländische Unternehmen verwickelt sind. Rd. ein Drittel der 700 Handelsstreitigkeiten, die das Mittlere Gericht von Shenzhen in den ersten sechs Monaten d.J. 1988 behandeln mußte, waren Streitigkeiten zwischen ausländischen Unternehmern (XNA, 13.7.88).

Ausgeweitet werden soll auch die Seegerichtsrechtsprechung. In den vergangenen Jahren sind solche Seegerichte in Guangzhou, Shanghai, Wuhan, Qingdao, Tianjin und Dalian entstanden, die sich in der Zwischenzeit mit Streitigkeiten von Organisationen und Unternehmern aus über zwanzig Ländern zu befassen hatten (XNA, 21.7.88).

Inzwischen werden drei Maßnahmen getroffen, um dem Notstand abzuhelfen: Erstens wird die Zuwachsrate bei den Jurastudenten erhöht; sie nahm in den vergangenen 10 Jahren schneller zu als in anderen Fakultäten. 1987 wurden beispielsweise 13.139 Studenten zu einem juristischen Studium an verschiedenen Hochschulen und Universitäten aufgenommen - zehnmal mehr als 1978. Hatte es 1979 nur 122 Doktoranden in der Rechtswissenschaft gegeben, so waren es 1987 3.951. Dieses ist allerdings immer noch ein Minusrekord!

Eine zweite Maßnahme ist die Schaffung eines Ausbildungszentrums für Richter, das am 13. Februar 1988 auf Initiative der Obersten Volksgerichts und der Staatlichen Kommission für Bildungswesen in Beijing - als erstes seiner Art - gegründet wurde. Die Ausbildung wird vor allem von Lehrkräften der Beijing-Universität übernommen. Inzwischen sind 163 Richter zur Weiterbildung am neuen Zentrum aufgenommen worden. Sie alle sind entweder stellvertretende Vorsitzende an mittleren Volksgerichtshöfen, an Richterkollegien der höheren Volksgerichte oder aber Juristen an höheren Gerichtsbehörden. 120 von ihnen wollen sich ausschließlich fachlich weiterbilden, 43 streben den Magisterabschluß oder eine Promotion an.

Als dritte Maßnahme wird z.Zt. an einem Richtergesetz gearbeitet (BRU 1988, Nr.40, S.8 f.).

Das Gesetz soll sicherstellen, daß die Justiz den Gesetzen Geltung verschaffen kann. Gleichzeitig soll die Berufung von Richtern regularisiert, also der bisherigen Willkür entzogen wer-

den. Bisher wurden Justizpersonen in der gleichen Art und Weise wie Verwaltungskader eingesetzt - ein Verfahren, das nicht nur der richterlichen Unabhängigkeit, sondern auch der Qualität des Justizpersonals schadete. Ferner soll ein offeneres Gerichtssystem eingeführt werden, indem es zu offenen Untersuchungen, Debatten und Gegenüberstellungen kommt. Ferner soll eine Laufbahn- und Berufsordnungsordnung (Grad-um-Grad-Beförderung, Auswahl zu höheren Gerichten) eingeführt werden (XNA, 19.7.88). -we-

\*(14)

#### Arbitrage

Da die Gerichte bei weitem nicht alle Rechtsfälle im ordentlichen Verfahren behandeln können, kommt den Schlichtungsstellen nach wie vor ein überragender Stellenwert zu. Vom 12. bis 15. Juli fand eine dreitägige Nationale Konferenz der Schlichter in Beijing statt. Das Justizministerium gab dabei bekannt, daß 55,7% aller Mord- und Körperverletzungsfälle sich aus Zivilstreitigkeiten heraus entwickelt hätten. Der Zusammenhang zwischen Zivilstreitigkeiten und Straftaten liege damit deutlich auf der Hand. Es sei Aufgabe der Gesellschaft, die Gefahren so weit wie möglich herunterzuschrauben. Die unmittelbare Mitarbeit der Gesellschaft äußere sich in den Schlichtungsstellen, deren Zahl sich in der Zwischenzeit in ganz China auf rd. 1 Mio. belaufe und an denen rd. sechs Millionen Freiwillige mitwirkten, die von rd. 50.000 Juristen beraten würden.

Nach Statistiken aus dreißig Landkreisen und Städten wurden 1987 14 Mio. Zivilfälle geschlichtet, aus denen sich, wie es heißt, im schlimmsten Fall 140.000 Morde, Körperverletzungen oder Selbstmorde hätten ergeben können (XNA, 13.7.88). -we-

\*(15)

#### 26 Multimillionäre?

Nach einem Bericht der für gewöhnlich gut informierten Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* soll es in China mittlerweile 26 Multimillionäre (yiwan fuweng) geben. Der Großteil ihres Kapitals soll sich im Ausland befinden, und ihre Kinder sollen zum größten Teil bereits eine ausländische Staats-

angehörigkeit besitzen. Allein bei 24 der 26 Multimillionäre soll es sich um Söhne von Kadern handeln. Chen Yun, der greise Führer der konservativen Kräfte, soll auf einer Sitzung der Parteiführung verlangt haben, diese Auslands Guthaben einzufrieren und an den Staat zurückzuführen. *Zhengming* zufolge erhielt Chen Yun von seiten der anderen Parteiführer jedoch keinerlei Unterstützung für diesen Vorschlag. (*Zhengming*, September 1988, S.13)

Gegenwärtig kursieren in China unter der Bevölkerung Informationen und Gerüchte, die den oben genannten *Zhengming*-Bericht mehr oder weniger bestätigen: So soll es sieben Söhne von Parteiführern geben, deren Vermögen sich jeweils auf über 10 Mio. US\$ belaufen soll. Darunter sollen sich auch Söhne von Deng Xiaoping und Zhao Ziyang befinden. In diesem Zusammenhang häufig genannt wird der querschnittsgelähmte Deng Pufang (45), der der Vorsitzende der Chinesischen Stiftung für Behinderte ist.

Quelle des großen Reichtums einer Reihe von Kadersöhnen und -töchtern sind die guten Beziehungen und die unkontrollierte Macht der Eltern, mit deren Hilfe u.a. große Mengen von auf dem Markt knappen Konsumgütern und Rohstoffen zu staatlich festgesetzten niedrigen Preisen erworben werden. Diese weit unter Marktpreis eingekauften Waren werden zu einem günstigen Zeitpunkt mit riesigen Spekulationsgewinnen veräußert. Beziehungen verhelfen den Funktionärskindern auch bei dem lukrativen Import von hochwertigen westlichen Konsumgütern und beim Export verschiedenster Produkte. -sch-

---

## Kultur

---

\*(16)

Die Staatliche Erziehungskommission erläßt "Verhaltensmaßregeln für Grund- und Mittelschüler"

Im Mai 1988 hatte die Staatliche Erziehungskommission einen Katalog von vierzig "Verhaltensmaßregeln für Mittelschüler" zur öffentlichen Diskussion gestellt, der vor allem darauf zielte, den Autoritätsverfall an den Schulen und die Verbreitung westlicher